

**Freie
Demokraten**

im Gemeinderat
Weingarten/Baden **FDP**

FDP-Gemeinderatsfraktion Weingarten (Baden)
Klaus Holzmüller (Fraktionsvorsitzender) und Carolin Holzmüller
Siedlung Sohl 7
76356 Weingarten (Baden)
Telefon 07244 706330
E-Mail: klaus.holzmueller@weingarten-baden.info
E-Mail: carolin.holzmueller@weingarten-baden.info

Haushaltsrede 2019 der Fraktion der Freien Demokraten Weingarten (Baden)

gehalten von Gemeinderätin Carolin Holzmüller

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats und der Verwaltung, sehr geehrte Damen und Herren,

zum letzten Mal in dieser Amtsperiode darf ich für die Fraktion der Freien Demokraten die Haushaltsrede halten und beginne erst einmal mit einem Rückblick.

Der große Aufreger in den vergangenen Monaten war sicherlich die mit der Sanierung der Jöhlinger Straße einhergehende Sperrung für den überörtlichen Verkehr. Obwohl schon Monate, ja schon Jahre vor dem Beginn der Bauarbeiten auch in der Presse über die bevorstehenden dringenden Bauarbeiten berichtet wurde, kam dann die Sperrung für viele Pendler, die die Jöhlinger Straße als Ost-West-Verbindung nutzen, so überraschend wie Weihnachten. Ich möchte deutlich machen, dass nicht nur einfach eine neue Fahrbahndecke aufgebracht wird, sondern es erfolgt auch endlich die längst überfällige Erneuerung der maroden Hauptwasserleitung, an der die gesamte Weingartner Wasserversorgung hängt. Zusätzlich werden die Anschlüsse der Häuser für Wasser und Glasfaser neu verlegt. Diese Maßnahme ist somit aufwändig, aber auch notwendig um unsere Infrastruktur zukunftsfähig zu halten. Dass im ganze Straßenraum noch Gas-, Strom- und andere Leitungen verlegt sind, macht die Bauarbeiten in der engen Jöhlinger Straße auch nicht einfacher. Nach den Erfahrungen in der Kirchstraße können wir uns glücklich schätzen, dass sich bei der aktuellen Auftragslage noch Firmen finden, die so eine Herausforderung annehmen.

Wir alle haben die öffentliche Diskussion von mehr oder minder selbsternannten Verkehrsexperten, die sich unter anderem in verschiedenen Leserbriefen äußerten, verfolgt. Ohne Kenntnis über die rechtlichen Vorschriften und örtlichen Gegebenheiten wurde vorgeschlagen, dass die Gemeinde eine Umleitungsstrecke über die Feldwege über das Mauertal freigeben soll. Das ging dann sogar soweit, dass sich der Landrat genötigt sah zwei Runde Tische einzuberufen. Ein Treffen der Vorsitzenden der Gemeinderatsfraktionen aus Weingarten und Walzbachtal hat in vielen Punkten für Aufklärung und Verständnis für die derzeitige Situation gesorgt. Eine Umleitungsstrecke durch das Mauertal kommt für unsere Fraktion unter anderem aus naturschutzrechtlicher und auch aus finanzieller Sicht nicht in Frage. Nach Berechnung der Kollegen aus Walzbachtal hätte dies jede der beiden Gemeinden mehrere Hunderttausend Euro gekostet. Das können und wollen wir uns nicht leisten zumal nicht die Gemeinde Weingarten sondern das Regierungspräsidium der Straßenbaulastträger ist.

Aber bei dem Thema wird nun hoffentlich vielen Entscheidungsträgern in den umliegenden Gemeinden aber auch in den zuständigen Verkehrsbehörden endlich klar, dass in den vergangenen Jahren, ja sogar schon Jahrzehnten die Schaffung von leistungsfähigen Ost-West-Verbindungen absolut vernachlässigt wurde. Schon

jetzt ist bei näherer Betrachtung abzusehen, dass die Gemeinde Weingarten nach Abschluss der Bauarbeiten an der Jöhlinger Straße im Jahre 2021 ca. 100.000 Euro investieren muss, um die durch die Umfahrung stark belasteten Feldwege wieder instandzusetzen.

Nach der Fertigstellung der Baumaßnahme Jöhlinger Straße dürfen unserer Meinung nach keine oder allenfalls nur wenige Fahrzeuge auf der Jöhlinger Straße geparkt werden. Durch das neue Verkehrskonzept mit einer geplanten Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h und die Schaffung von Anwohnerstellplätzen auf dem Areal an der Jöhlinger Straße 46 wird den Anwohnern die Möglichkeit geboten dort ihre Fahrzeuge abzustellen oder dafür zu sorgen, dass wieder eigene Stellplätze im Hof genutzt werden.

Der Ruhende Verkehr ist mittlerweile in fast allen Bereichen Weingartens zum Problem geworden. So nehmen immer mehr und immer größere Fahrzeuge Gehwege und Straßen in Beschlag. In vielen Straßen ist dadurch kein Begegnungsverkehr mehr möglich, lediglich die eventuell frei gehaltenen Grundstückszufahrten bieten die Möglichkeit, dass Fahrzeuge aneinander vorbeikommen. Auch für die Feuerwehr und den Rettungsdienst ist ein Durchkommen oft schwierig, manchmal sogar unmöglich. Die hohe Anzahl der auf den Gehwegen geparkten Fahrzeuge beeinträchtigen die Mobilität der Fußgänger, sodass manche Strecken mit Kinderwagen oder Rollator unpassierbar sind. Aus demselben Grund hat, wie kürzlich in den BNN zu lesen war, die Stadt Karlsruhe den Gehwegparkern den Kampf angesagt. Wenn der Gemeinderat also endlich das Thema Parken im öffentlichen Raum angeht, werden wir auf Dauer um eine Bewirtschaftung der öffentlichen Stellplätze nicht herumkommen. Bei Betrachtung der Kosten zur Erstellung eines öffentlichen Stellplatzes ist die kostenlose Dauernutzung weder gegenüber der Allgemeinheit noch gegenüber denjenigen gerecht, die auf eigene Kosten Stellplätze und Garagen errichtet haben und diese tatsächlich nutzen. Wir werden das Thema kritisch begleiten und sind gespannt, ob irgendwann tatsächlich mal ein Falschparker abgeschleppt wird.

Weingarten ist ein attraktiver Wohnort. Damit das so bleibt, muss unter der Zielvorgabe den Flächenverbrauch zu minimieren und mehr Wohnfläche zu realisieren Wohnungsbau neu gedacht werden. Bei der Überarbeitung der Bebauungspläne auf unserer Prioritätenliste sollte auch außerhalb der aktuellen Situation gedacht werden, zum Beispiel "Wo passen höhere Gebäude in unser Ortsbild?" oder "Wo können nur durch die Erhöhung des Kniestocks im Dachgeschoß weitere Wohneinheiten geschaffen werden?". Hierzu empfehle ich einen Sparziergang entlang der Bahnhofstraße, wo das Baujahr der Häuser an der Höhe abschätzbar ist.

Lassen Sie mich noch einen Satz zum Parkproblem sagen. In dem neuen Baugebiet auf dem ehemaligen TSV Gelände, das aufgrund der großen Nachfrage nach Wohnraum in unserer Prioritätenliste der Bebauungspläne eine höhere Stufe bekommen soll, fordern wir, dass die Stellplatzzahl auf mindestens 2 oder 2,5 je Wohneinheit festgesetzt wird. Das entspricht dann nämlich einigermaßen der Realität.

Das geplante Gewerbegebiet Sandfeld ist seit Jahren ein Dauerthema, aber außer dass gefühlt einmal im Jahr ein Ingenieurbüro einen Vortrag über die schwierige Entwässerung des Gebietes für das prognostizierte Jahrtausendhochwasser hält, tut sich nichts. Ob sich der Aufwand mit der komplizierten Entwässerung und die enormen Kosten für die Anbindung mit einem Kreisell an der Höfenbrücke zur L3539 nach Staffort und der Querung des Radweges überhaupt noch lohnt, stellen wir in Frage.

Wenig Verständnis haben wir für die Geschehnisse im vergangenen Jahr zum Thema Gewerbeflächen. Ein Gewerbebetrieb hatte ein Grundstück erworben und die Baugenehmigung erhalten um seinen Betrieb dorthin zu verlagern. Wegen eventueller Bedenken der umliegenden Betriebe und Einrichtungen wollten viele

Gemeinderäte den Betrieb an anderer Stelle ansiedeln. Dass sich dieses vielleicht sogar gut gemeinte Vorhaben nicht in einem für den Betrieb akzeptablen Zeitraum umsetzen lässt, davor haben wir mehrfach gewarnt. Und was ist nun passiert? Wie von uns vorhergesagt, ist der Betrieb mittlerweile abgewandert. Nicht nur dass dadurch für die Gemeinde mit Sicherheit enorme Kosten entstanden sind, nein wir wundern uns auch nicht mehr, dass unsere Verwaltung mit solchen vermeidbaren Aktionen dann auch personell überlastet ist. Zu diesem Vorgehen fordern wir weiterhin eine Aufstellung der entstandenen Kosten.

Wundern Sie sich nicht, dass ich der Tradition der liberalen Fraktion im Weingartner Gemeinderat folge und auch heute wieder das Thema großes Freibadbecken anspreche. Dieses Jahr aber unter einem anderen Gesichtspunkt als die ausbleibende Realisierung des für 2010 geplanten zweiten Bauabschnitts, nämlich Gebühren und Nutzungsentgelte. Während die Ausgaben in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind, blieben die Gebühren und Nutzungsentgelte gleich. Wenn die höheren Ausgaben beispielsweise bei Gebäude- und Grundstücksunterhaltung nicht ausgeglichen werden können, rutschen Projekte wie das Freibadbecken aufgrund der Haushaltslage in der Prioritätenliste immer weiter nach hinten. Das ist nicht nur aus liberaler Tradition, sondern für die Gemeinde Weingarten traurig. Denn Bäder sind Freizeit-, Begegnungs- und Sportstätte in einem und Grundlage dafür der steigenden Schwimmfähigkeit der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Jeder Mensch muss immer wieder entscheiden, ob der Nutzen dem finanziellen Aufwand entspricht. Das muss auch die Gemeinde bzw. der Gemeinderat bei kommunalen Ausgaben tun. Wir wollen im Zusammenhang mit den kommunalen Gebühren und Nutzungsentgelten offen die Frage diskutieren, wie viel sind kommunale Einrichtungen und Dienstleistungen der Gemeinde, dem Gemeinderat und den Bürgerinnen und Bürgern wert. Beispielsweise ist es mir persönlich eigentlich mehr als 12 € im Jahr wert, dass ich eine Gemeindebibliothek inklusive freiem WLAN und Onlineangebot mit über 18.000 Medien habe. Gerade im Vergleich zu Streamingdiensten, für die viele bereit sind einen solchen Betrag monatlich zu zahlen. Die Gemeinde ist nicht nur Verwaltung, sondern auch Dienstleister mit einem vielfältigen Angebot. Das reicht von nutzerfreundlichen Öffnungszeiten des Bürgerbüros von 7.30 bis 18.00 Uhr über Veranstaltungsräume mit Bestuhlungsservice bis zu Verfügungsstellung von Bauhofpersonal für Veranstaltungen. Wir fordern den Gemeinderat auf das kommunale Angebot aus dieser Sicht zu betrachten und zu überdenken. Denn die Folgen dieses breitgefächerten Angebots und der "Wir erledigen das schon"-Haltung bekommen wir immer mehr zu spüren. Die Verwaltung ist überlastet und im aktuellen Haushalt sind zusätzliche Stellen geplant, deren Besetzung noch ungewiss ist. Vielleicht schaffen wir es auch die Bürgerinnen und Bürger dafür zu sensibilisieren, die Angebote und Leistungen der Gemeinde und ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mehr wertzuschätzen.

Das bringt mich zu einem für Gemeinderäte eher unbequemen Thema: Kinderbetreuungsbeiträge. Auch wenn die Landes-SPD letztes wieder die Forderung nach gebührenfreier Kinderbetreuung geäußert hat, ist doch eines sicher, jemand muss es am Ende bezahlen. Das wird dann irgendwo anders gekürzt oder durch Beiträge an anderer Stelle kompensiert. Dies ist auch im Sinne der Generationengerechtigkeit, denn unsere Kinder können auf Schuldenbergen nicht spielen. Statt einer Umverteilung wollen wir, dass weiterhin die Nutzer des Angebots dieses auch bezahlen. Durch den Grundsatz, dass die Kosten zu 20 % von den Eltern und zu 80 % von der Gemeinde übernommen werden, sichern wir auch eine Qualität in unseren Einrichtungen, von der man mancherorts nur zu träumen wagt. Hier möchte ich auch nochmal explizit darauf hinweisen, dass die Steigerungen der Beiträge nicht in die Taschen der Verwaltung, sondern häufig und für mich wünschenswert in die Gehälter der Erzieherinnen und Erzieher fließen. Diese Menschen betreuen die kleinsten Bürgerinnen und

Bürger unseres Ortes und sollten daher auch eine Wertschätzung erfahren. Auch sie haben Anspruch auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies sollten wir bei der Diskussion über die Kinderbetreuungseinrichtungen in Weingarten nicht vergessen.

Neben den schon fast zur Routine gewordenen großen Straßenbaumaßnahmen in der Jöhlinger, der Burg- und der Silcherstraße steht dieses Jahr die Entscheidung über ein großes Hochbauprojekt an: die Turmbergschule. Auch hier wünschen wir uns eine offene Debatte aller Möglichkeiten. Nach etlichen Diskussionen über und um den E-Bau herum sollte nun eine nachhaltige und langfristige Lösung angestrebt werden, auch wenn dies vielleicht die Verlagerung der Schule insgesamt bedeutet. Wenn der Privatmensch aus finanziellen Gesichtspunkten schon Abriss und Neubau der Sanierung eines Bestandsgebäudes vorzieht, sollte das auch bei der Gemeinde kein Tabu sein. Denn Bildung ist ein hohes Gut und kann im entsprechenden Umfeld am besten Wirken. Wir danken den Schülerinnen und Schülern sowie dem Kollegium der Turmbergschule weiterhin für die entgegengebrachte Flexibilität und Geduld.

Bei diesem Thema ist auch entscheidend wie die Gespräche mit den beiden Kirchengemeinden verlaufen und ob dann eine Einbeziehung des Grundstücks des evangelischen Gemeindezentrums möglich ist. Wenn es zu einer Einigung der evangelischen, katholischen und politischen Gemeinde kommt, könnte ein Veranstaltungsraum in der Ortsmitte erhalten bzw. neu geschaffen werden. Dies möchten wir zum Anstoß nehmen den Raumbedarf der verschiedenen gemeinnützigen Organisationen und Vereine zu evaluieren. Dies könnte zu Synergieeffekten und Kosteneinsparungen für alle Beteiligten führen. Basis hierbei ist aber die Kompromissbereitschaft seitens aller Mitwirkenden.

Wann genau dann alles fertig sein wird, das warten wir ja ab. Das ist vielleicht auch eine Frage des Blickwinkels. So erfolgt die Inbetriebnahme des Rathausfahrstuhls wohl eher 2019 als 2016. Je nach Blickwinkel ist 9 und 6 ja auch fast dasselbe. Wenn die Eröffnungsfeier dann noch mit der für den neuen Bauhof zusammengefasst werden kann, kann man das ja auch positiv sehen. Wir wünschen den Verantwortlichen auf jeden Fall viel Erfolg bei den anstehenden Projekten und allen Beteiligten einen kühlen Kopf und Gelassenheit.

Zum Abschluss bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Weingarten, die zur Umsetzung der Gemeinderatsbeschlüsse beigetragen haben, aber auch denjenigen, die täglich bei ihrer Arbeit engagierten Einsatz für die Weingartner Bürgerinnen und Bürger zeigen. Ebenso bedanken wir uns bei allen ehrenamtlich engagierten Menschen, die sich für das Gemeinwohl in unserer Gemeinde einbringen. Bei unseren Gemeinderatskolleginnen und -kollegen sowie Bürgermeister Bänziger bedanken wir uns für die bisherige und zukünftige gute Zusammenarbeit. Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2019 der Gemeinde Weingarten sowie den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Bauhof, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu.